

KOMMENTAR

Hitdorfs Straßen und die Gesamtschulfrage

Es bewegt sich was

BERT.GERHARDS@KSTA.DE

Wer hat's erfunden?, fragt der inquisitorische Schweizer im Werbespot und zerrt am Handtuch der schwitzenden Saunierer, die schließlich mit ihm ein Loblied aufs Kräuterbonbon anstimmen. Das ist auch ein beliebtes Element politischer Inszenierungen: sich an die Spitze einer Bewegung setzen, die man nicht mehr aufhalten kann. So will die Leverkusener SPD glauben machen, sie löse die Hitdorfer Verkehrsprobleme. Dabei folgt sie dem Vorschlag des OB und schiebt den Schwarzen Peter beim Umgehungsstraßenbau dem Land zu.

Und die CDU will also den Weg für eine dritte Gesamtschule freigeben. Sie gibt der Verwaltung viel zu prüfen auf, womöglich in der Hoffnung, dass sich noch genug Hindernisse finden lassen. Dabei sollten praktikable und bezahlbare Lösungen im Vordergrund der Überlegungen stehen – und der Elternwille natürlich. Wenn das Ergebnis stimmt, ist auch egal, wer's nun erfunden hat.



VON BERT GERHARDS

SCHULPOLITIK

Prüfauftrag für eine dritte Gesamtschule

In die Leverkusener Schulpolitik scheint nun – angesichts der Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen – doch Bewegung zu kommen. CDU-Ratsherr Bernhard Marewski hat für das Ratsbündnis Jamaika plus (CDU, Grüne, FDP und Unabhängige) einen Prüfauftrag an die Stadtverwaltung formuliert, die Genehmigungsvoraussetzungen zur Errichtung einer dritten Gesamtschule in der Stadt zu prüfen. Dies hatte vor allem die CDU bisher abgelehnt.

Nun sollen Schülerzahlen für die kommenden Jahr hochgerechnet und Kosten ermittelt, Auswirkungen auf andere Schulformen bedacht werden. Ferner werden Fragen nach einer Kooperation mit Nachbarkommunen, eine mögliche Errichtung als Inklusionsschule sowie nach dem Standort (Erweiterung bestehender Gesamtschulen oder Neubau) aufgeworfen. Nicht zuletzt geht es um die entscheidende Frage nach Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten. Die Hauptschule Neukronenberg hatte sich vor kurzem bereits für eine Umwandlung in eine Gesamtschule interessiert. Als „bauliche Umsetzung unter Berücksichtigung der vorhandenen Schulraumressourcen“ umschrieben, taucht auch diese Möglichkeit im Prüfauftrag an die Verwaltung auf. (ger)